

Medienmitteilung vom 29. August 2007

Das Bildungskleeblatt - nach wie vor kritisch

Der Regierungsrat hat aufgrund der breiten Kritik in der Vernehmlassung einige Punkte in seine Botschaft aufgenommen. Insgesamt sind die Verbesserungen aber Kosmetik. Anträge auf materielle Änderungen der vor-beratenden/mitberichtenden Kommissionen lehnt er weitgehend ab. Die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft bleibt dabei: Dem Bildungskleeblatt droht der Schiffbruch in der Volksabstimmung oder das spätere Fiasko in der Umsetzung und Praxis. Das Reformvorhaben bedarf grundlegender Korrekturen.

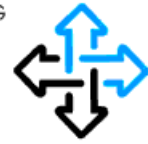
Aarau, 29. August 2007: Die Stiftung hat bereits bei Vorliegen des Planungsberichtes in einer Medienmitteilung Mitte März 2007 gefordert, dass das Kind und der Nutzen bei der Schulreform im Zentrum zu stehen haben. Diese habe - unter allen Titeln verkraftbar - als Entwicklung und nicht als Revolution zu erfolgen. Die Stiftung setzte grosse Fragezeichen auch zur Umsetzung. All diese Zweifel und Befürchtungen sind unmittelbar vor der Behandlung im Grossrat nicht ausgeräumt.

Die Stiftung fordert deshalb nochmals:

- 1. Priorität muss die notwendige interkantonale inhaltliche Harmonisierung aufgrund des eidgenössischen Bildungsartikels haben. Allfällig zusätzliche Reformen haben ausgewogen in verkraftbaren Schritten zu erfolgen.**
- 2. Für Reformen sind die Ergebnisse der eidgenössischen Bemühungen für die Harmonisierung der Schulhalte und, daran anschliessend, der -strukturen abzuwarten.**
- 3. Reformen müssen die Leistungsbereitschaft/-fähigkeit und das Bildungsniveau erhöhen und die dazu notwendigen Ressourcen angemessen sein. Lehrpläne, Strukturen und Controlling sind darauf auszurichten.**
- 4. Die Kosten müssen komplett ausgewiesen sein und Kosten-/Nutzenüberlegungen zuverlässig zulassen.**
- 5. Die Reformen müssen personell, finanziell und zeitlich umsetzbar sein.**

Das Bildungskleeblatt ist deshalb insbesondere in folgenden Punkten anzupassen.

- Das **pädagogische Konzept** mit Integration aller, altersgemischten Abteilungen, individueller Förderung und individueller Durchlaufzeit ist auf die Eingangsstufe zu beschränken. Die weiteren Stufen sollen in Leistungszügen mit Jahrgangsklassen, Niveaugruppen für Kernfächer ausgestaltet werden.
- Die **Eingangsstufe** ist **jetzt** festzulegen. Es soll die **4jährige Basisstufe** sein, ergänzt durch Kleinklassen, wo nötig. Sie bietet bessere Gewähr, dass die anvisierten Ziele erreicht werden. Auf



Sekundarstufe wird ein **Langzeitgymnasium** geführt. Auf das **Hochbegabtgymnasium** ist zu verzichten.

- Der Stoff der gesamten **Volksschule** wird in **individuellem Tempo** erarbeitet. **Mindestens 50%** der Schüler benötigen dazu **weniger als 11 Jahre**. In diesem Fall muss **auch der Übertritt in eine Berufsausbildung ohne Unterbruch** gewährleistet sein.
- Als Promotionskriterium und zur Qualitätskontrolle des Volksschulsystems sind Ende ordentliches viertes, sechstes, achtes und zehntes Schuljahr **flächendeckend einheitliche Prüfungen** durchzuführen.
- Die **Gemeinden** stellen ausserhalb der Blockzeiten **bei Bedarf** ein **Betreuungsangebot** sicher. Der **Kanton dekretiert** die **minimalen Anforderungen**. Die **Kosten** sind **mindestens zu 50% durch die Eltern** zu tragen, mit Einschränkung bei erwerbstätigen Alleinerziehenden.
- Der **Sozialindex** hat eine **Bandbreite** von **maximal 20%**. Die Kosten sind durch den Kanton zu tragen.
- Der jährliche **Gesamtaufwand von Kanton und Gemeinden pro Schüler** darf nach Umsetzung des Bildungskleeblattes **maximal 110% des Aufwandes des Schuljahres 2004/2005** betragen.
- Die **Einführung** ist **gestaffelt** vorzunehmen.
- Die **4 Kleeblätter** sind dem Volk integral zum Entscheid vorzulegen.
- Die **Umsetzung** des Bildungskleeblattes **läuft in Teilbereichen faktisch bereits**. Sie muss **umgehend gestoppt werden**, bis rechtsgültige Volksentscheide vorliegen. Es **geht nicht an, Grossrats- und Volksentscheide** auf derart undemokratische Art und Weise **zu präjudizieren**.

Im weiteren politischen Prozess muss es gelingen, nun namhafte Verbesserungen des Bildungskleeblattes in diese Richtung zu realisieren. Andernfalls werden sich Kräfte formieren, eine Schulreform - mit guten Ansätzen, in der vorliegenden Ausgestaltung aber quer in der Bildungslandschaft, überladen und mit nicht absehbaren Konsequenzen langfristiger Art - komplett zu Fall zu bringen.

Weitere Auskünfte:

Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates, Tel. 079 662 63 07

Urs Steinegger, 062 / 752 15 12